

AUSSENANSICHT

Das große Missverstehen

Die Deutschen empören sich über die USA. Viele Amerikaner halten das für heuchlerisch. Über einen „clash of communications“. *Von Jackson Janes*

Die Empörung wird sich nicht so schnell legen, die da in Berlin auf die Nachricht hin ausgebrochen ist, dass der amerikanische Geheimdienst NSA Bundeskanzlerin Angela Merkels Handy angezapft hat. Viele Amerikaner allerdings verstehen diesen Zorn überhaupt nicht – und das hat viel mit den Unterschieden zwischen Deutschen und Amerikanern zu tun, wenn es um das Verhältnis von Privatsphäre, der Rolle des Staates und Sicherheitsangelegenheiten geht.

Die sehr verhaltene Antwort aus dem Weißen Haus, man versichere, dass das Mobiltelefon der Kanzlerin im Moment und auch in Zukunft nicht abgehört werde, wird die Nerven der Deutschen nicht so bald beruhigen. Es gibt allerdings auch eine korrespondierende Gegenreaktion in Washington. Bei den jüngsten Anhörungen im Kongress zur Überwachungspraxis der National Security Agency machten eine Reihe von Politikern ihrer Empörung über die Empörung in Europa Luft. Die NSA, so argumentieren sie, arbeite gesetzeskonform zum Schutz der Vereinigten Staaten – und sogar zum Schutz derer, die da in Europa gegen diese Überwachung protestierten.

In vielfacher Weise war dieser transatlantische „clash of communications“ ein vorhersehbarer Zusammenstoß. Die politischen Explosionen in Berlin und darüber hinaus auch in Paris, Rom und Madrid stießen in den USA auf eine Mischung aus

Überraschung, einer gewissen Sympathie, vor allem aber Unverständnis. Viele Amerikaner stellen gegenwärtig Fragen zum Ausmaß der Überwachung durch die US-Geheimdienste, der sie ausgeliefert sind, doch sind sie stärker als die Europäer geneigt, diese Überwachung als etwas zu akzeptieren, das eben zum Leben gehört. Sie fragen sich nicht so sehr, ob die staatlichen Stellen schnüffeln, sondern vielmehr, wie viel Informationsbeschaffung angemessen ist und wie viel Aufsicht sie benötigt. Auch in der Debatte, dass Google, Yahoo und Facebook mutmaßlich ihre Informationen über die Nutzer mit dem Staat teilen, geht es weniger darum, dass dies geschieht, sondern vielmehr darüber, welche Grenzen hier gesetzt werden, wer verantwortlich für die Kontrolle ist und wer wem Rechenschaft schuldet.

Viele Amerikaner nehmen die Empörung in Europa als eine Mischung aus Naivität, Heuchelei und moralischer Überheblichkeit wahr. Verstärkt wird diese Kritik durch die Tatsache, dass auch die europäischen Geheimdienste den Datenstrom

überwachen – manchmal in Zusammenarbeit mit den Amerikanern.

Sicher gibt es Amerikaner, die stärker mit der Haltung der Europäer sympathisieren, auch aus der Befürchtung heraus, dass der eigene Staat immer weiter in ihre Privatsphäre eindringt. Dazu gehören auch einige Mitglieder des Kongresses, selbst solche, die in der Vergangenheit zu den Befürwortern einer Ausweitung der Geheimdiensttätigkeiten zählten. Es gibt

Letztlich geht es um eine gemeinsame Herausforderung: den Wandel der digitalen Welt

aber auch jene, die den Europäern den Vorwurf übel nehmen, die Geheimdienste der Vereinigten Staaten führten Übles im Schilde – dabei seien sie doch ein notwendiges Werkzeug für mehr Sicherheit gegen die Bedrohung durch den globalen Terrorismus. Die Tatsache jedenfalls, dass Edward Snowden in gewissen Kreisen in Deutschland als Held dargestellt wird, der Asyl in

der Bundesrepublik erhalten sollte, wird weithin als heuchlerisch beschrieben, besonders im Lichte der langen und intensiven Beziehungen zwischen dem Westteil des geteilten Deutschlands und den USA in der Nachkriegszeit – ganz abgesehen davon, dass Snowden beschuldigt wird, Bundesgesetze gebrochen zu haben.

Die anfängliche wütende Reaktion in Europa hat in den US-Medien breiten Raum eingenommen. Die gerade beschriebenen vielfältigen Reaktionen spiegeln aber mehr die vielen Parameter der innenpolitischen Debatte in den Vereinigten Staaten. Gemäß der Grundregel, dass alle Politik Lokalpolitik ist, sind die meisten Leute primär an dem interessiert, was ihr eigenes Leben betrifft. Der durchschnittliche Amerikaner regt sich nicht besonders über die Geheimdienstaktivitäten des Staates auf, weil er nicht sieht, wie er davon selbst betroffen ist. Als Konsequenz der Attentate des 11. Septembers 2001 gehen die US-Bürger davon aus, dass irgendeine Form von Überwachung immer stattfindet, im Namen der nationalen Sicherheit. Die Debatte

geht im Augenblick darüber, wie viel beobachtet werden und wer die Beobachter beobachten soll. Edward Snowdens Enthüllungen haben sicher den Kritikern Auftrieb gegeben. Aber die Besorgnis in den amerikanischen Kreisen konzentriert sich auf die Überwachung der Amerikaner – Ausländer bleiben außerhalb der Betrachtung.

Dass Deutsche gegenüber Geheimdienstpraktiken hypersensibel sind, mag man im Lichte ihrer Geschichte verstehen. Die Unterstellung aber, dass die Überwachung der Amerikaner äquivalent sei zur einstigen ostdeutschen Stasi oder gar zur nationalsozialistischen Gestapo, wird als völlig übertrieben und als beleidigend wahrgenommen. In dieser Debatte kann man tatsächlich auf beiden Seiten des Atlantiks ein gewisses Maß an Heuchelei und Unehrllichkeit nicht leugnen.

Es fehlt uns allen der feste Halt in der digitalen Welt, die sich da rasant entwickelt. Uns fehlen die Instrumente zur Erfassung von Geheimdiensttätigkeit, uns fehlen die Möglichkeit und die Bereitschaft, Ressourcen über die nationalen Grenzen hinweg gemeinsam zu nutzen, wir können noch nicht mit der unendlichen Cyberwelt umgehen. Die Geheimdienstmaschine, die im vergangenen Jahrzehnt aufgebaut wurde, um die Vereinigten Staaten zu schützen, hat sich in dieser Zeit exponentiell ausgedehnt, beim Personal genauso wie bei den finanziellen Ressourcen. Und vielleicht besitzen die USA hier tatsächlich den Werk-

zeugkoffer, um diese Lücken schnell zu schließen. Die Möglichkeiten der Vereinigten Staaten in diesem Bereich sind wahrhaft global geworden. Begründet wird dies damit, dass diese Fähigkeiten benötigt werden, um das Land und seine Interessen überall in der Welt zu schützen. Dies schließt die möglichen Vorteile ein, die die USA ihren Verbündeten anbieten kann.

Die Reaktion in Deutschland zeigt, dass dieser Begründung nicht geglaubt wird. Wenn das Argument der US-Regierung lautet, eine globale Überwachung sei eine globale Notwendigkeit, dann muss sie aber auch begreifen, dass sie zugleich ein globales Problem ist, das eine globale Lösung benötigt, zu der jeder seinen Teil beitragen muss. Für Deutsche wie Amerikaner bedeutet das: Es geht nicht alleine um Befindlichkeiten. Es geht um die globale Herausforderung des digitalen Zeitalters, in der Stärke beides bedeutet: die Fähigkeit zu verbinden und die Fähigkeit zu schützen.



Jackson Janes, 65, ist Direktor des Amerikanischen Instituts für Studien zur deutschen Gegenwart (AICGS) an der Johns Hopkins University in Washington.

ÜBERSETZUNG: MATTHIAS DROBINSKI. FOTO: PRIVAT